

N i e d e r s c h r i f t

SOZ/013/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Sozialausschusses der Stadt Rheine
am 20.03.2007**

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Alfonsushaus, Schleupestraße 22.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Ellen Knoop SPD

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis SPD

Frau Christel Brachmann CDU

Frau Christa Gieseke CDU

Herr Alfred Holtel FDP

Frau Barbara Meinert SPD

Herr Wilhelm Stegemeyer CDU

Herr Friedel Theismann CDU

Frau Annette Tombült CDU

Herr Ludger Winnemöller CDU

Vertreter:

Herr Frank Hemelt SPD

Vertretung für Herrn Dr.
Dietrich Kühn

Frau Theresia Nagelschmidt CDU

Vertretung für Herrn
Norbert Dörnhoff

Herr Rainer Ortel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vertretung für Frau Iris
Rieke

beratende Mitglieder:

Herr Horst Erle
Frau Vivien Schöpker

Vertreter:

Herr Franz-Josef Meinert
Vertretung für Herrn
Heinz Thalmann

Verwaltung:

Frau Christa Heufes
Herr Bernd Kocks
Frau Ute Ehrenberg
Herr Ludger Schöpfer
Herr Henrik Mersch

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Norbert Dörnhoff	CDU
Herr Dr. Dietrich Kühn	SPD
Frau Iris Rieke	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Marcel Tewes	Sozial Liberal

beratende Mitglieder:

Frau Anna Hölzen
Herr Heinz Thalmann

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 11 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses am 25.01.2007

I/A/0330

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

2. Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 25.01.2007

I/A/0350

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 25.01.2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0370

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Die Beschlüsse sind ausgeführt worden. Eine gesonderte Berichterstattung erfolgt zu folgenden Punkten:

Haushaltsplan 2007

Der Rat der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 06. März 2007 den Haushaltsplan 2007 und die Fortschreibung der Planung bis 2010 beschlossen und verabschiedet.

Der Empfehlungsbeschluss des Sozialausschusses vom 25. Januar 2007 wurde dabei unverändert übernommen.

Stellenplan 2007

Der Rat der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 06. März 2007 den Stellenplan 2007 beschlossen und verabschiedet.

Der Empfehlungsbeschluss des Sozialausschusses vom 25. Januar 2007 wurde dabei unverändert übernommen.

4. Informationen

I/A/0370

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

Initiierung eines „Bündnisses gegen Depression und Suizidalität im Kreis Steinfurt“

Die Westfälische Klinik Lengerich hat sich Anfang März 2007 an alle Einrichtungen/ Institutionen im Gesundheits-Versorgungssystem des Kreises Steinfurt gewandt, um ein Projekt zur Prävention von Depression und Suizid unter der Schirmherrschaft des Landrates zu initiieren.

Übergeordnetes Ziel sollte letztendlich sein, die Krankheit Depression, aber auch die daraus erfolgversprechenden Behandlungsmethoden bei den Betroffenen und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Das Steinfurter Bündnis beabsichtigt somit, die Versorgung depressiv erkrankter Menschen zu verbessern und letztendlich die Suizidrate zu senken.

Mit der öffentlichen Einführung des neuen ärztlichen Direktors der Westfälischen Klinik Lengerich am 30.05.2007 soll eine Aktionskampagne mit Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Fortbildung für unterschiedliche Multiplikatoren zum Thema Depression initiiert werden.

5. Informationen aus dem Integrationsrat

I/A/0640

Frau Schöpker berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

6. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

I/A/0930

Herr Meinert berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

7. Informationen aus dem Seniorenbeirat

I/A/1420

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

8. Informationen aus dem Familienbeirat

I/A/2480

Der Bericht des Familienbeirates fällt aus, da sowohl Frau Hölzen als auch Frau Terhaar entschuldigt fehlen.

9. Alfonsushaus - Caritas-Kompetenzzentrum Demenz - Vorstellung der Wohnangebote sowie der teilstationären und ambulanten Hilfen für Menschen mit Demenzerkrankungen

I/A/2490

Die Leiterin des Alfonsushauses, Frau Klüssendorff, und Herr Schroer von der Zentralverwaltung/Interner Service des Caritasverbandes Rheine e. V. begrüßen die Ausschussmitglieder. Sie schlagen vor, zunächst einen Rundgang durch das Gebäude zu machen, damit der für die Bewohner wichtige Tagesablauf so wenig wie möglich gestört wird.

Frau Knoop unterbricht die Sitzung und die Ausschussmitglieder haben die Möglichkeit unter Führung von Frau Klüssendorff und Herrn Schroer die einzelnen Räumlichkeiten zu besichtigen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erläutern Frau Klüssendorff und Herr Schroer die besondere Wohnform für Demenzkranke im Alfonsushaus und geben einen Überblick über die entstehenden Kosten.

Die Bewohner mieten ein „normales Zimmer“ und begründen dort auch ihren ersten Wohnsitz. Neben der Kaltmiete in Höhe von 175,00 € sind 125,00 € Abschlag für die Nebenkosten zu zahlen. Für Verpflegung und Hygieneartikel werden insgesamt 180,00 € berechnet.

Die Betreuung der demenzkranken Bewohner ist mit 1.591,00 € pro Monat kalkuliert.

Die Pflegeleistungen des ambulanten medizinischen Dienstes sind abhängig von der Pflegestufe und betragen

in der Pflegestufe I	384,00 €
in der Pflegestufe II	921,00 €
und in der Pflegestufe III	1.432,00 €.

Insgesamt ergeben sich somit für die Bewohner monatliche Kosten in Höhe von

ca. 2.100,00 €	in der Pflegestufe „0“ (keine Pflegebedürftigkeit)
ca. 2.500,00 €	in der Pflegestufe I
ca. 3.000,00 €	in der Pflegestufe II und
ca. 3.520,00 €	in der Pflegestufe III.

Frau Klüssendorff und Herr Schroer betonen, dass die Kosten für die stationäre Unterbringung im Alfonsushaus damit unter denen vergleichbarer Häuser liegen.

Bisher sind fünf der zehn stationären Plätze belegt. Seitens des Alfonsushauses ist man jedoch optimistisch, dass kurzfristig auch die anderen fünf Plätze belegt werden können. Für eine dauerhaft solide Finanzierung ist wie in anderen Häusern auch eine Belegungsquote von 97 % erforderlich.

Das Alfonsushaus deckt als Kompetenzzentrum für Demenzkranke die folgenden fünf Bereiche ab:

- Beratung in der Beratungsstelle
- Schulung in Schulungsräumen
- Begegnung im Café
- Begleitung in Tagespflege
- Betreuung und Begleitung in der Wohngemeinschaft.

Im Anschluss an die Vorstellung des Alfonsushauses und den Erläuterungen der Hilfsangebote haben die Ausschussmitglieder die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Frau Knoop bedankt sich bei Frau Klüssendorff und Herrn Schroer für den Vortrag und die entgegengebrachte Gastfreundschaft.

**10. Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen
- Mittelverwendung 2007
Vorlage: 118/07**

I/B/0210

Herr Schöpfer verweist auf die Vorlage, da sich der Sozialausschuss bereits für den barrierefreien Ausbau der Michaelschule ausgesprochen hat.

Auf Anregung von Herrn Berardis wird die nachfolgende Aufstellung der zur Verfügung stehenden und gebundenen Mittel dem Protokoll beigelegt:

Zur Verfügung stehende Haushaltsmittel:

Ansatz im Haushaltsplan 2007	102.000,00 €	
aus Vorjahren	149.000,00 €	
Gesamt:		251.000,00 €

Mittelverwendung:

Beschlossene Maßnahmen:

Aufzug Michaelschule	110.000,00 €	
Rampe Berufskolleg	15.000,00 €	
Markierungsarbeiten Marktplatz	12.000,00 €	
Behinderten-WC Jahnstadion	16.000,00 €	
Summe beschlossene Maßnahmen:		153.000,00 €

Geplante Maßnahmen:

Automatiktüren Altes Rathaus	38.000,00 €	
Umrüstung Ampelanlagen	30.000,00 €	
Bahnübergang Pinienweg	15.000,00 €	
Behinderten-WC Altes Rathaus	15.000,00 €	
Summe geplante Maßnahmen:		98.000,00 €

Insgesamt beschlossen bzw. geplant: 251.000,00 €

Nach kurzer Diskussion fasst der Sozialausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt auf der Grundlage der durch die Arbeitsgruppe „Behindertengerechtes und barrierefreies Bauen“ (Umsetzung städtischer Baumaßnahmen) erstellten Prioritätenliste die im Haushaltsjahr 2007 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von 102.000,00 € wie folgt einzusetzen:

Aufzugsanlage für die Michaelgrundschule zur barrierefreien Ausgestaltung (Investitionsbedarf laut Kostenschätzung 110.000,00 € - Anlage 1 -)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)
- Entwicklungen 2006 und Ausblick 2007
- Beteiligung der Kommunen an den Kosten des SGB II
Vorlage: 142/07

I/B/1620

Frau Ehrenberg führt in das Thema ein und stellt die wichtigsten Punkte der Vorlage

- Vermittlungszahlen,
- personelle Besetzung der GAB und die
- positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

kurz dar. Ergänzend weist Sie darauf hin, dass bei der Kostenbeteiligung der Kommunen eine gesetzliche Änderung geplant ist, die eine abweichende Vereinbarung nicht mehr vom „Einvernehmen“ aller Beteiligten abhängig macht sondern nur noch ein „Benehmen“ voraussetzt.

Herr Holtel sieht die Stadt Rheine und den Kreis Steinfurt bei der Vermittlung der Arbeitslosen auf den ersten Arbeitsmarkt auf keinem guten Weg. Aus seiner Sicht gehen die Zielgruppenteams mit den Schwerpunkten „Junge Erwachsene unter 25 Jahre“, „Allein Erziehende“, „MigrantInnen“ und die sonstigen Personen nach Buchstabenaufteilung nicht weit genug. Um eine höhere Vermittlungsquote zu erreichen, schlägt er vor, dass sich die Fallmanager zunächst auf Personen konzentrieren, die aufgrund von Qualifizierungspotential dem Arbeitsmarkt näher stehen.

Weiterhin weist Herr Holtel darauf hin, dass die Metall- und Schweißwerkstätten der Kreishandwerkerschaft leer sind. Für ihn ist es unverständlich warum diese arbeitsmarktnahen Angebote mit einer hohen Vermittlungsquote nicht genutzt werden.

Herr Hemelt ist der Meinung, dass die Stadt Rheine mit der bestehenden Struktur im Arbeitslosengeld II im Rahmen ihres Handlungsspielraums gut aufgestellt ist. Zur Steigerung der Vermittlungsquote müsste die GAB ihre Anstrengungen verstärken bzw. der Stadt Rheine größere Handlungsspielräume für das vorhandene Fallmanagement einräumen. Einen weiteren Ansatzpunkt sieht Herr Hemelt in präventiven Maßnahmen der Jugendhilfe, die den Übergang Schule Beruf begleiten. Er hofft, dass auf diesem Weg die Zahl der ALG II - Empfänger in Zukunft gesenkt werden können.

Hinsichtlich der gescheiterten Vereinbarung zur Kostenbeteiligung kritisiert Herr Hemelt die Entsolidarisierung im Kreis Steinfurt.

Herr Berardis ist erschrocken über die Feststellung, dass die Zahl der arbeitslosen Menschen nicht wie in den Nachbarkommunen zurückgeht. Nach seiner Meinung hat der Aufschwung Rheine bisher noch nicht erreicht obwohl der Arbeitsmarkt dringend qualifizierte Arbeitskräfte sucht. Er schlägt vor, den Schwerpunkt stärker auf die Qualifizierung zu legen, um den Arbeitslosen den Einstieg in das Erwerbsleben zu erleichtern.

Frau Ehrenberg und Herr Schöpfer beantworten weitere Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zum aktuellen Stand der Umsetzung des SGB II zur Kenntnis. Ein Beschluss ist nicht erforderlich.

12. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

II/A/0110

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

13. Anfragen und Anregungen

II/A/0130

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung:

18:56 Uhr

Knoop
Ausschussvorsitzende

Mersch
Schriftführer